

Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo): Auswertung der Herbstbefragung 2023

Bitschnau, Sarah; Eberspach, Kirsten

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bitschnau, S., & Eberspach, K. (2024). *Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo): Auswertung der Herbstbefragung 2023*. (MOTRA-Spotlight, 04/24). Wiesbaden: MOTRA-Verbund Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung. <https://doi.org/10.57671/motra-2024004>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-94434-2>

MOTRA 04/24 SPOTLIGHT

**Kommunales Monitoring:
Hass, Hetze und Gewalt gegenüber
Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)**
Zentrale Befunde und eine Betrachtung gruppenspe-
zifischer Unterschiede zur Herbstbefragung 2023

Sarah Bitschnau, Kirsten Eberspach
Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des BKA

Stand: 10. Mai 2024

Kommunales Monitoring

Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)

Auswertung der Herbstbefragung 2023

38% →(+/-0%*)

**der Befragten haben zwischen Mai und Oktober
2023 Anfeindungen erlebt.**


72% verbale/schriftliche
Anfeindungen ↓(-2%*)


26% Hasspostings
↑(+2%*)

2% tätliche
Übergriffe
→(+/-0%*)


11% der Vorfälle wurden
zur Anzeige gebracht. 

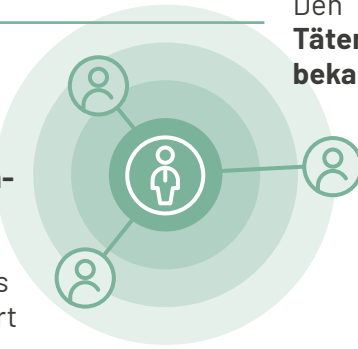
Davon kam es in 1% der angezeigten Fälle
zu einer **Verurteilung**, während in 60%
der Fälle das **Ergebnis noch aussteht**, in
24% das **Verfahren eingestellt** wurde und
in 15% kam es zu **keiner strafrechtlichen
Verfolgung**.


Amtspersonen aus **Ostdeutschland** waren **signifikant stärker
betroffen** im Vergleich zu Amtspersonen aus Westdeutschland
(50%-36%). 

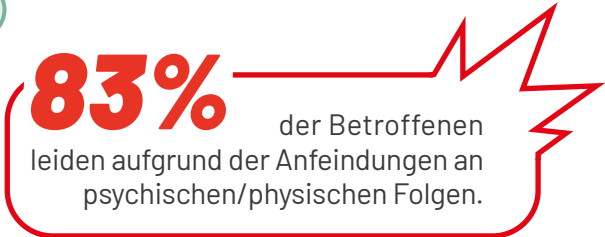
Ehrenamtliche Personen und Amtspersonen **im
ländlichen Raum** sind stärker von Anfeindungen
im analogen Raum betroffen. 

Familienangehörige von Frauen wurden
signifikant häufiger angefeindet. 

8% der Befragten berichten
von **Anfeindungen gegen
Familienangehörige**. 

Den Betroffenen waren die **Täterinnen und
Täter** des letzten Vorfalles in 78% der Fälle
bekannt und in 22% der Fälle unbekannt. 

Die Anfeindungen wurden von
den Befragten überwiegend
der **persönlichen Unzufriedenheit
sowie Unzulänglichkeit
des Täters/der Täterin** (81%)
zugeschrieben und weniger als
politisch oder religiös motiviert
verortet (19%). 

83% der Betroffenen
leiden aufgrund der Anfeindungen an
psychischen/physischen Folgen. 

* (Prozentuale) Veränderung zur Frühjahrsbefragung 2023 (November '22 – April '23):
↓ (Abnahme) ↑ (Zunahme) → (keine auffälligen Veränderungen)

Kontakt: kommunalmonitor@bka.bund.de

Bitschnau, S., Eberspach, K. (2024): Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Zentrale Befunde und eine Betrachtung gruppenspezifischer Unterschiede zur Herbstbefragung 2023. MOTRA-Spotlight 04/24. Hrsg. von: MOTRA-Verbund Wiesbaden.

<https://doi.org/10.57671/motra-2024004>

Disclaimer

Die im MOTRA-Spotlight veröffentlichten Beiträge spiegeln die Meinungen und Einschätzungen der Verfasserinnen und Verfasser wider.

Aktuelle Befunde aus dem „Kommunalen Monitoring“ – Herbstbefragung 2023

Die Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamts führt in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden (DST, DLT, DStGB) im Rahmen des Forschungsprojekts MOTRA seit Herbst 2021 ein „Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern“ (KoMo) durch. Es handelt sich hierbei um eine längsschnittlich angelegte bundesweite Online-Befragung aller ehren- und hauptamtlichen (Ober-) Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte in den rund 11.000 Kommunen in Deutschland zu ihren Erfahrungen mit Hass, Hetze und Gewalt im Amtsalltag. Die Befragungen werden in einem sechsmonatigen Turnus durchgeführt, was eine hochaktuelle Erfassung des Anfeindungsgeschehens gegenüber kommunalen Amtsträgerinnen und Amtsträgern ermöglicht.

Dabei dienen die Befragungen nicht nur einem wissenschaftlichen Selbstzweck, sondern liefern auch eine Grundlage für die Entwicklung präventiver Handlungsstrategien im engen Austausch mit weiteren Akteuren aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Zudem wird den kommunalen Amtsträgerinnen und Amtsträgern mittels der Befragungen eine Plattform geboten, sich mitzuteilen und ihre Erfahrungen mit denen ihrer Kolleginnen und Kollegen über die regelmäßig berichteten Beobachtungen und Befunde zu teilen. Die in diesem Spotlight aufgeführten Ergebnisse beziehen sich auf die Herbstbefragung'23 (Referenzzeitraum: Mai-Oktober'23).

Wer hat teilgenommen?

Im Herbst 2023 nahmen bundesweit **n=2.055 haupt- und ehrenamtliche (Ober-) Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte** an der Befragung teil. Dies entspricht einer Rücklaufquote von etwa 19 % bei etwa 11.000 kontaktierten Personen. Im Vergleich zur vorherigen Frühjahrsbefragung²³ (n = 1.739) lässt sich somit eine steigende Teilnahmebereitschaft in der Zielgruppe erkennen. Um ein möglichst repräsentatives Gesamtbild zu erstellen, wurden die Daten der selbstselektiven Stichprobe entsprechend der Gemeindezahl pro Bundesland gewichtet.

Die soziodemografische Zusammensetzung der Stichprobe ist in den Abbildungen 1 – 5 veranschaulicht: Mit Blick auf das Alter

sind Amtsträgerinnen und Amtsträger zwischen 51 und 60 Jahren mit 41 % am stärksten vertreten (vgl. Abb. 1). Hinsichtlich des Geschlechts handelt es sich bei 83 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer um Männer und bei lediglich 12 % um Frauen (vgl. Abb. 2). Bezüglich der Funktion sind 52 % der Befragten im Hauptamt und 48 % im Ehrenamt tätig (vgl. Abb. 3). Dabei sind die Befragten mit Blick auf die Amtszeitdauer mehrheitlich 4-9 Jahre (40 %), bis zu 3 Jahre (38 %) sowie 10 Jahre und länger (22 %) im Amt (vgl. Abb. 4). Mit Hinsicht auf die Gemeindegröße nach Einwohnerklassen sind die Befragten mit 52 % mehrheitlich in kleineren Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohnern tätig (vgl. Abb. 5).

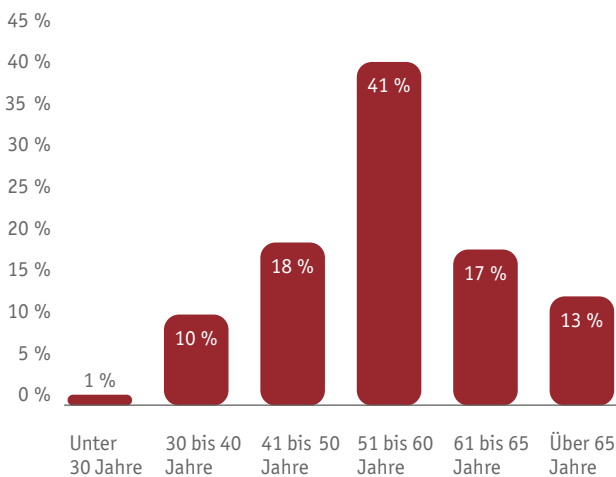


Abbildung 1: Alter der Befragten

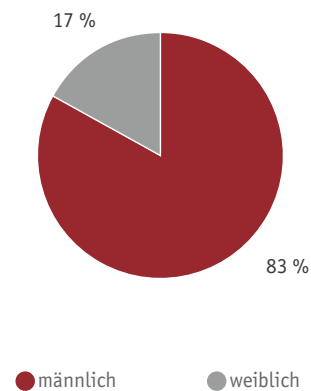


Abbildung 2: Geschlecht der Befragten

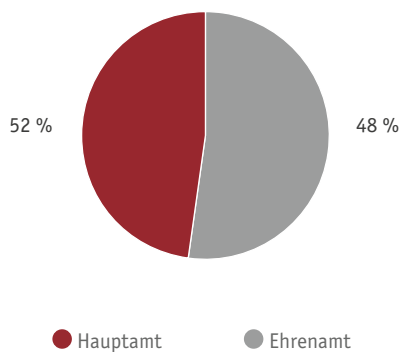


Abbildung 3: Funktion der Befragten

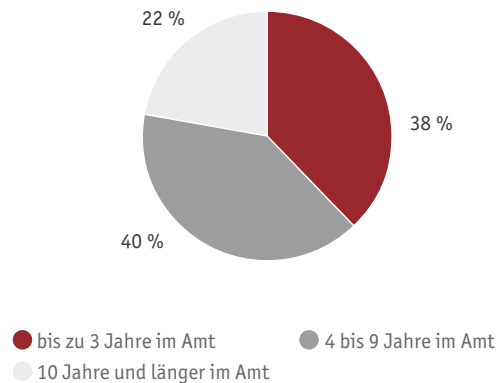


Abbildung 4: Amtszeitdauer der Befragten

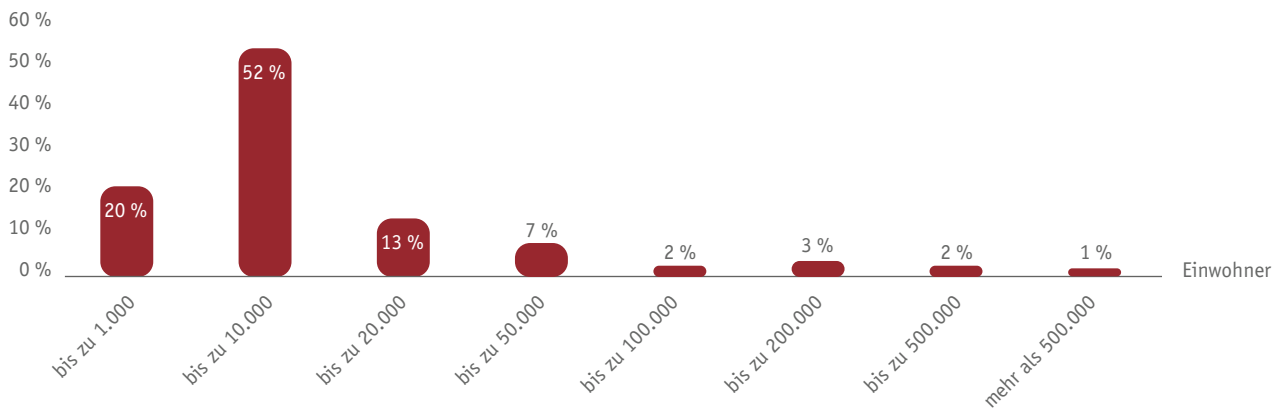


Abbildung 5: Gemeindegröße nach Einwohnerklassen der Befragten

Was wurde wie erlebt? Eine Betrachtung gruppenspezifischer Unterschiede

a) Einschätzung des Diskussionsklimas in den Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen

Wie Abbildung 6 illustriert, wird das aktuelle Diskussionsklima in den Stadt- und

Gemeinderäten sowie Kreistagen von den Befragten im Durchschnitt als eher respektvoll, friedlich, tolerant, konstruktiv und demokratisch eingeschätzt. Demnach wird das aktuelle Diskussionsklima innerhalb der Räte im Durchschnitt als eher weniger verroht wahrgenommen.

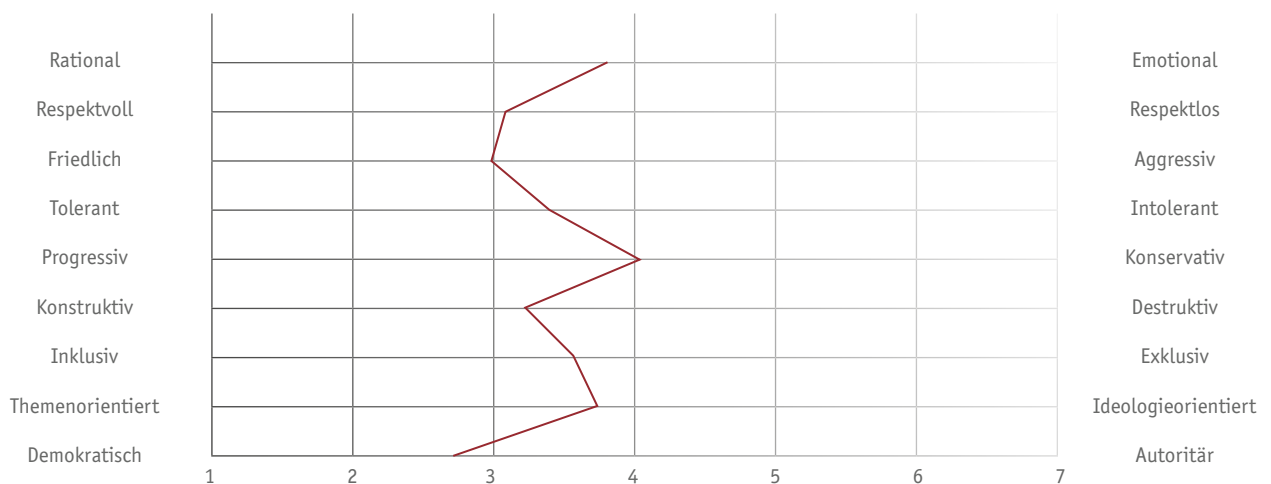


Abbildung 6: Einschätzung des Diskussionsklimas in den Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen

Bei genauerer Betrachtung unterschiedlicher Gruppen von Amtsträgerinnen und Amtsträgern ergeben sich hierbei einige statistisch signifikante Unterschiede:



Frauen nehmen das aktuelle Diskussionsklima innerhalb der Räte im Durchschnitt als signifikant **verrohter** wahr im Vergleich zu Männern.



Amtspersonen im **städtischen Raum** mit mehr als 20.000 Einwohnern nehmen das aktuelle Diskussionsklima im Durchschnitt als signifikant **verrohter** wahr im Vergleich zum ländlichen Raum mit weniger Einwohnern.



Amtspersonen aus **Ostdeutschland** nehmen das aktuelle Diskussionsklima innerhalb der Räte im Durchschnitt als signifikant **verrohter** wahr im Vergleich zu Amtspersonen aus Westdeutschland.

b) Einschätzung der Funktionsfähigkeit von Institutionen

Wie Abbildung 7 zeigt, wurde die Funktionsfähigkeit unterschiedlicher Institutionen im Kontext von Anfeindungen im Durchschnitt unterschiedlich von den Befragten eingeschätzt. Dabei zeigt sich, dass im Durchschnitt die Polizei am funktionsfähigsten bewertet wird gefolgt von zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen, Staatsanwaltschaften und Gerichten.

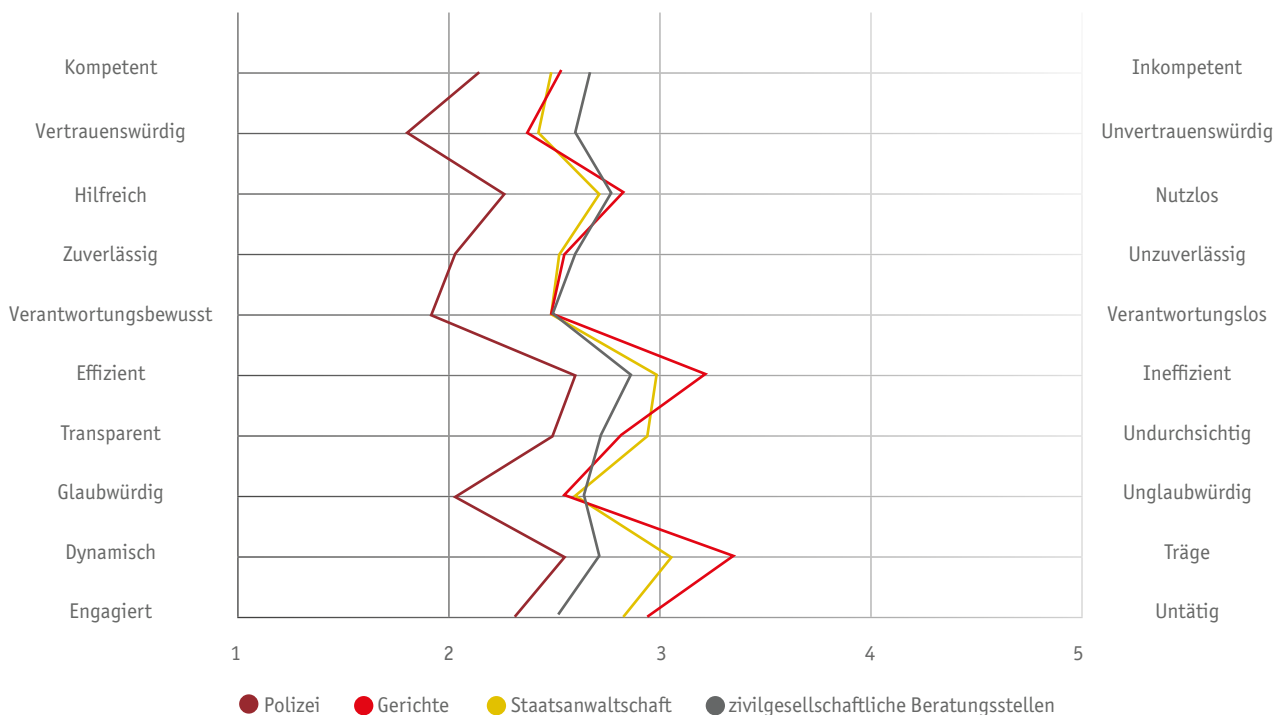


Abbildung 7: Einschätzung der Funktionsfähigkeit von Institutionen

c) Hass und Hetze: Erfahrungen aus dem analogen und digitalen Raum

Betroffenheit

Im sechsmonatigen Zeitraum von Mai bis Oktober 2023 gab mehr als **jeder dritte Befragte (38 %)** an, von Anfeindungen betroffen gewesen zu sein. **8 %** der Befragten gaben an, dass ihre **Familienangehörigen** in diesem Zeitraum ebenfalls Anfeindungen erlebt haben. Hierbei ergeben sich folgende statistisch signifikante Gruppenunterschiede:



Familienangehörige weiblicher Amtspersonen wurden signifikant **häufiger** angefeindet im Vergleich zu männlichen Amtspersonen (12 %-8 %).



Jüngere Amtspersonen bis 40 Jahre waren signifikant **stärker** betroffen als ältere Amtspersonen (55 %-37 %).



Hauptamtliche Personen waren signifikant **stärker** betroffen als ehrenamtliche Personen (47 %-30 %).



Amtspersonen im **städtischen Raum** waren signifikant **stärker** betroffen als Amtspersonen im ländlichen Raum (52 %-36 %).



Amtspersonen aus **Ostdeutschland** waren signifikant **stärker** betroffen im Vergleich zu Amtspersonen aus Westdeutschland (50 %-36 %).

Anfeindungskategorien

Mit Blick auf die Anfeindungskategorien handelt es sich bei den zuletzt erlebten Vorfällen gegen die eigene Person um **verbale** oder **schriftliche Anfeindungen** (72 %), **Hasspostings im Internet** (26 %) sowie **tätliche Übergriffe** im Rahmen von Sachbeschädigung oder Körperverletzung (2 %). Verbale und schriftliche Anfeindungen sowie Hasspostings kommen mit durchschnittlich **1-2 Vorfällen pro Monat** etwas häufiger vor als tätliche Angriffe. In diesem

Zusammenhang lassen sich folgende statistisch signifikante Gruppenunterschiede ausmachen:

Frauen waren signifikant **stärker** von Hasspostings betroffen im Vergleich zu Männern (30 %-25 %).



Hauptamtliche Personen waren signifikant **stärker** von **Hasspostings** betroffen (29 %-19 %).



Ehrenamtliche Personen waren signifikant **stärker** von **verbalen/schriftlichen Anfeindungen** betroffen (78 %-68 %).

Amtspersonen im **städtischen Raum** waren signifikant **stärker** von **Hasspostings** betroffen (34 %-24 %).



Amtspersonen im **ländlichen Raum** waren signifikant **stärker** von **verbalen/schriftlichen Anfeindungen** betroffen (73 %-65 %).

Amtspersonen aus **Ostdeutschland** waren signifikant **stärker** von **Hasspostings** betroffen im Vergleich zu Amtspersonen aus Westdeutschland (32 %-23 %).



Anfeindungsformen

Hinsichtlich der Anfeindungsformen fanden die zuletzt erlebten Vorfälle mehrheitlich in Form von Beleidigung (36 %), Verleumdung/übler Nachrede (31 %) und Bedrohung/Nötigung (10 %) statt. Diskriminierung (6 %), soziale Ausgrenzung (4 %), Volksverhetzung (4 %), Sachbeschädigung (3 %), Stalking/Nachstellung (2 %), Erpressung und Körperverletzung (jeweils 1 %) stellten dabei einen geringeren Anteil dar. Folgende gruppenspezifische Merkmale konnten herausgearbeitet werden:

Frauen waren signifikant **stärker** von **sexueller Belästigung/sexualisierter Gewalt/Vergewaltigungsphantasie** betroffen als Männer.





Ehrenamtliche Personen waren signifikant **stärker** von **Körperverletzung** betroffen als hauptamtliche Personen.

Orte der Anfeindungen

In Bezug auf die Orte der Anfeindungen im analogen Raum fanden die zuletzt erlebten Vorfälle überwiegend auf der Arbeit/in den Diensträumen (51 %), in der Freizeit (20 %), auf einer öffentlichen Veranstaltung/am Wahlkampfstand (18 %) und zu Hause (11 %) statt. In diesem Kontext lassen sich ausschließlich für die Funktion der Amtspersonen statistisch signifikante Gruppenunterschiede festmachen:



Ehrenamtliche Personen wurden signifikant **häufiger zu Hause** (16 %-8 %), in der **Freizeit** (34 %-11 %) und auf einer **öffentlichen Veranstaltung/am Wahlkampfstand** (24 %-15 %) angefeindet.



Hauptamtliche Personen wurden signifikant **häufiger** auf der **Arbeit/in den Diensträumen** (66 %-26 %) angefeindet.



Ehrenamtliche Personen wurden signifikant **häufiger** von **Angesicht zu Angesicht** (42 %-20 %) und per **Anruf** (7 %-3 %) angefeindet. **Hauptamtliche Personen** wurden signifikant **häufiger** per **Brief** (14 %-9 %), per **Mail** (20 %-12 %) und in den **sozialen Netzwerken** (43 %-30 %) angefeindet.

Bekanntheit der Täterinnen und Täter

Den Betroffenen waren die Täterinnen und Täter des letzten Vorfalls in 78 % der Fälle bekannt und in 22 % der Fälle unbekannt. Dabei handelte es sich überwiegend um Wiederholungstäterinnen und -täter (51 %), bereits in anderen Kontexten auffällig gewordene Personen (24 %) und Personen aus dem Bekanntenkreis (18 %) gefolgt von Personen aus dem Kollegenkreis (3 %), Mitarbeiterkreis (2 %), Familienkreis (1 %) und

Freundeskreis (1 %). In diesem Zusammenhang ergeben sich folgende statistisch signifikante Gruppenunterschiede:

Älteren Amtspersonen ab 41 Jahre waren die Täterinnen und Täter im Rahmen des zuletzt erlebten Vorfalls signifikant **häufiger bekannt** als jüngeren Amtspersonen (79 %-69 %).

>41

Ehrenamtlichen Personen waren die Täterinnen und Täter signifikant **häufiger bekannt** als hauptamtlichen Personen (86 %-73 %).



Amtspersonen im **ländlichen Raum** waren die Täterinnen und Täter signifikant **häufiger bekannt** als Amtspersonen im städtischen Raum (81 %-62 %).



Vermutete Motivation hinter der Anfeindung

Hinsichtlich der vermuteten Motivation hinter dem zuletzt erlebten Vorfall wurde die Anfeindung von den Befragten weniger als politisch oder religiös motiviert verortet (19 %), sondern überwiegend der persönlichen Haltung des Täters /der Täterin (81 %) zugeschrieben.

In Bezug auf die persönliche Haltung wurden insbesondere Persönliche Unzufriedenheit/Frustration des Bürgers/der Bürgerin (23 %), Unzufriedenheit mit kommunalen Entscheidungen (18 %), Egoismus/Anspruchsdenken (14 %), Intoleranz/Unfähigkeit Konflikte auszutragen (14 %) sowie Uninformiertheit/Nicht-Wissen über politische Prozesse und die Rolle des/der Bürgermeisters/Landrats/Bürgermeisterin/Landrätin (12 %) genannt. Mit Hinblick auf eine politische oder religiöse Motivation wurden die Vorfälle insbesondere als politisch rechtsmotiviert (7 %), durch parteipolitische Gegner motiviert (6 %), als radikale Position zu einem Thema/aus einer soz. Bewegung heraus (3 %), politisch linksmotiviert (2 %) sowie religiös motiviert (1 %) verortet.



Personen im Hauptamt verorteten die Motivation im Rahmen des zuletzt erlebten Vorfalls signifikant häufiger als **politisch rechtsmotiviert** (8 %-6 %) und aus einer **radikalen Position zu einem Thema/aus einer sozialen Bewegung** heraus (4 %-2 %) im Vergleich zu Personen im Ehrenamt.



Amtspersonen aus Ostdeutschland verorteten die Motivation im Rahmen des zuletzt erlebten Vorfalls signifikant häufiger durch einen **partei-politischen Gegner** (8 %-5 %), als **politisch rechtsmotiviert** (10 %-6 %), aus einer **radikalen Position** zu einem Thema/aus einer sozialen Bewegung heraus (4 %-3 %).

Umgang mit der Anfeindung

Hinsichtlich des konkreten Umgangs mit dem zuletzt erlebten Vorfall haben die Betroffenen den Vorfall ignoriert (26 %), den Dialog mit dem Täter/der Täterin gesucht (15 %), Unterstützung bei Familie/Freunden gesucht (14 %), Unterstützung bei Parteifreundinnen und -freunden/Kolleginnen und -kollegen gesucht (12 %), den Vorfall zu Anzeige gebracht (11 %), die Vorfälle erfasst und gesammelt an Polizei bzw. Justiz weitergegeben (8 %), den Vorfall anderweitig gemeldet (6 %), Unterstützung bei einer Beratungsstelle gesucht (2 %) und Sonstiges (6 %).

Von den zur Anzeige gebrachten Vorfällen kam es in lediglich 1 % der Fälle zu einer Verurteilung des Täters/der Täterin. Mehrheitlich ist in 60 % der Fälle das Ergebnis ausstehend, in 24 % der Fälle wurde das Verfahren eingestellt und in 15 % der Fälle kam es zu keiner strafrechtlichen Verfolgung. Dabei ergeben sich folgende signifikante Gruppenunterschiede:

Frauen haben den zuletzt erlebten Vorfall signifikant **häufiger anderweitig gemeldet** (12 %-6 %) sowie **Unterstützung bei Parteifreunden/Kollegen gesucht** (20 %-14 %) im Vergleich zu Männern.



Personen im **Ehrenamt** haben im Rahmen des zuletzt erlebten Vorfalls signifikant **häufiger Unterstützung bei Familie/Freunden** gesucht (17 %-15 %). Personen im **Hauptamt** haben den zuletzt erlebten Vorfall signifikant **häufiger ignoriert** (33 %-26 %) sowie zur **Anzeige** gebracht (16 %-9 %).



Folgen der Anfeindungen

Insgesamt gaben **83 % der Betroffenen** an, dass sie im Zuge der Anfeindungen psychischen und/oder physische Folgen davongetragen haben. Dabei handelt es sich überwiegend um Rufschädigung (18 %), Schlafprobleme (14 %), depressive Verstimmung (12 %) sowie Rückzug im Sinne von keinem erneuten Antritt bei Neuwahl (10 %). Zudem wurden als konkrete Folgen vermehrt eine Amts-/Mandatsniederlegung erwogen (9%) und es gab Probleme mit und bei der Ausübung der (politischen) Arbeit (8 %). Darüber hinaus klagten die Betroffenen auch über Angst oder Unruhe (7%), körperliche Beschwerden/psychosomatische Unruhe (6 %), Erwägung der Abmeldung der Accounts in sozialen Medien (6 %), Konzentrations-schwierigkeiten (5 %), Probleme im engeren sozialen Umfeld (3 %) und Sonstiges (2 %). Mit Blick auf die Folgen der Anfeindungen lassen sich auch hier einige statistisch signifikante Merkmale feststellen:

Frauen leiden signifikant **häufiger unter Problemen mit und bei der Ausübung der (politischen) Arbeit** (10 % - 8 %) sowie **Problemen im engeren sozialen Umfeld** (Freundeskreis und/oder Familie) (4 % - 3 %) im Vergleich zu Männern.



>41

Ältere Amtspersonen ab 41 Jahre leiden **insgesamt** signifikant **häufiger** an **psychischen/ physischen Folgen** im Zuge der Anfeindungen als jüngeren Amtspersonen (84 %-80 %). **Jüngere Amtspersonen** bis 40 Jahre äußerten signifikant **häufiger** **Angst oder Unruhe** (15 %-6 %) im Vergleich zu älteren Personen.

Amtspersonen im **ländlichen Raum** leiden **insgesamt** signifikant **häufiger** an **psychischen/ physischen Folgen** im Zuge der Anfeindungen im Vergleich zu Amtspersonen im städtischen Raum (85 %-78 %).

Amtspersonen aus **Ostdeutschland** leiden signifikant **häufiger** an **Rufschädigung** (19 %-17 %) und erwogen signifikant häufiger eine **Abmeldung der Accounts in sozialen Medien** (7 %-6 %) im Vergleich zu Amtspersonen aus Westdeutschland.

Ehrenamtliche Personen leiden **insgesamt** signifikant **häufiger** an **psychischen/ physischen Folgen** im Zuge der Anfeindungen (87 % - 81 %) und haben häufiger eine **Amts-/Mandatsniederlegung erwogen** (13 %- 6 %). **Hauptamtliche Personen** leiden signifikant **häufiger** an **Angst oder Unruhe** (9 %-5 %), **Konzentrationsschwierigkeiten** (5 % - 3 %), **Schlafproblemen** (15 %-14 %) sowie **Rufschädigung** (19 %-18 %).

Fazit und Ausblick

Anfeindungen, Beleidigungen und Bedrohungen - analog und digital - gehören für viele Amtsträgerinnen und Amtsträger auf kommunaler Ebene weiterhin zum Amtsalltag. Laut der aktuellen Herbstbefragung ´23 waren 38 % der Befragten im sechsmonatigen Zeitraum von Mai bis Oktober 2023 von Anfeindungen betroffen. Bei genauerem Blick auf gruppenspezifische Unterschiede im Zusammenhang mit Anfeindungen kristallisieren sich aktuell insbesondere drei vulnerable Gruppen heraus: **(1) Frauen in kommunalen Ämtern, (2) ehrenamtlich Tätige und (3) Amtspersonen in Ostdeutschland.** Diese fühlen sich besonders bedroht und verwundbar durch die Anfeindungen und Bedrohungen, leiden häufiger an Folgen bis hin zur Erwägung einer möglichen Amtsniederlegung und weisen deshalb auch ein höheres Schutzbedürfnis auf. Diese Befunde zeigen weiterhin einen akuten Handlungsbedarf auf, der insbesondere eine Berücksichtigung

gruppenspezifischer Unterschiede und deren jeweiligen Bedürfnisse erfordert. Zur Unterstützung des frühzeitigen Erkennens und tiefergreifenden Verstehens konkreter Missstände und Bedarfe sowie der damit verbundenen Entwicklung zielgerichteter Maßnahmen zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatspersonen wird KoMo weiterhin das aktuelle Anfeindungsgeschehen fortlaufend beobachten – auch um weitere Sensibilisierung für diese Thematik zu generieren und Betroffenen die Möglichkeit zu geben, sich mitzuteilen und auf diesem Weg mitzugestalten. KoMo wird in Zukunft weiterhin und verstärkt mit verschiedenen Akteuren aus den Bereichen der Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft kooperieren, um auf Grundlage der Befunde zu einem effektiven Schutz von Personen mit kommunalen Ämtern und Mandaten und somit von unserem demokratischen Miteinander beizutragen.

Impressum

MOTRA-Verbundpartner



Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Angaben gemäß § 5 TMG

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Vertreten durch

Dr. Uwe Kemmesies
E-Mail: motra@bka.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Redaktion

Isabelle Holz

Layout

Studio Halvar

Forschungskordinator (MOTRA-Verbund)

Dr. Uwe Kemmesies

Kontakt

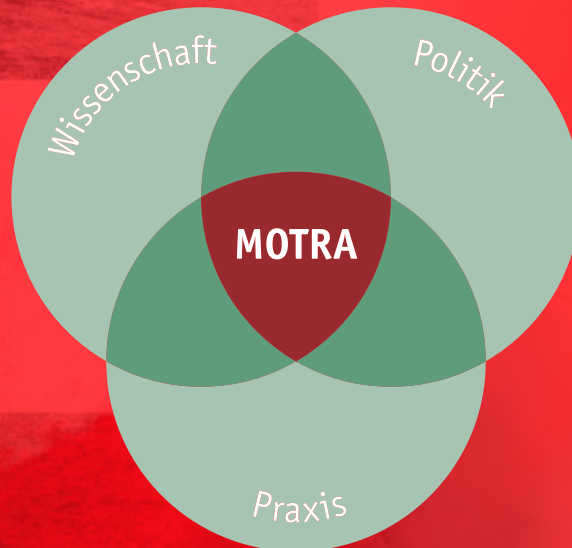
Fragen zu MOTRA allgemein: motra@bka.bund.de

Fragen zum Inhalt dieser Spotlight-Ausgabe an:

Kirsten Eberspach, Sarah Bitschnau: kommunalmonitor@bka.bund.de

MOTRA

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung



Der MOTRA-Forschungsverbund vereint in einem Spitzenforschungscluster neun institutionelle Partner aus renommierten universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen. MOTRA sucht den kooperativen Dialog auf Augenhöhe mit weiteren wissenschaftlichen Forschungsverbänden und Netzwerkpartnern aus Praxis und Politik und verfolgt dabei zwei zentrale Zielstellungen:

1. Monitoring

Es soll durch MOTRA ein Monitoringsystem aufgebaut werden, mittels dessen das politisch und/oder religiös begründete Radikalisierungsgeschehen in Deutschland auf einer breiten Datenbasis fortlaufend beobachtet wird. Ziel ist es die Verbreitung, Entwicklungstrends sowie begünstigende Konstellationen für Extremismus und Radikalisierung besser erfassen zu können.

2. Wissenstransfer

Weiterhin verfolgt MOTRA den Aufbau und die Etablierung einer multifunktionalen Austauschplattform zur Gestaltung eines direkteren Wissenstransfers zwischen den Handlungsfeldern wissenschaftlicher Forschung, sozialer Praxis und Politikgestaltung.

✉ motra@bka.bund.de

🌐 www.motra.info

✂ twitter.com/MOTRAVERBUND

